

nen. Im Jahr 2013 waren bereits 55 % der Landesbeschäftigten älter als 45 Jahre. Dass bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern insbesondere die Anzahl der Dauererkrankungstage höher ist als bei jungen Beschäftigten, ist wohl auch sehr nachvollziehbar.

Wir haben uns schon früh verpflichtet, da etwas zu tun, ein strategisches Gesundheitsmanagement in allen Landesbehörden aktiv zu fördern. Auch die Wiedereingliederung von kranken Beschäftigten steht bei uns sehr zentral im Mittelpunkt. Wir haben 2011 ein Rahmenkonzept zum betrieblichen Gesundheitsmanagement erarbeitet, das für alle Ressorts auf einer einheitlichen Basis gilt, aber auch passgenaue Konzepte für die jeweiligen, individuell sehr unterschiedlichen Bereiche ermöglicht. Das bedeutet nicht allein Äpfel für alle am frühen Morgen, sondern auch ganz bewusstes strategisches Handeln in den Bereichen Führung, Personalmanagement, Organisation, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Behördenkultur und Werte, aber auch bei der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ich will Ihnen das am Beispiel meines Geschäftsbereichs ganz konkret erläutern. Ich habe mir vor fünf Jahren natürlich zunächst die Krankenstände angeschaut. Das mache ich auch in regelmäßigen Abständen. Mir war relativ schnell klar, wenn es hier gelingen könnte, allein aus dem Geschäftsbereich ein Drittel der Kranken wieder gesund zu machen, gäbe es überhaupt keine Personalprobleme. Deswegen arbeiten wir daran auch sehr intensiv.

Das beginnt mit dem Gesundheitsmanagement im Ministerium selbst, wo wir nämlich darauf achten, dass Menschen genau so eingesetzt werden, wie es ihren Fähigkeiten entspricht. Das ermöglicht, dass wir keinen überfordern, aber auch keinen unterfordern, dass wir die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als genauso wichtig betrachten wie die regelmäßige Abhaltung von Gesundheitstagen und das gezielte Gesundheitsfördern der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Maßnahmen im Justizministerium geben ihnen recht. Ich bin immer sehr stolz, auch sagen zu können, dass die Kolleginnen und Kollegen im Justizministerium mit einer Krankenstandsquote von rund 3,5 % belegen, dass aktives Gesundheitsmanagement, wie wir es praktizieren, auch erfolgreich ist.

Das Gleiche gilt auch für den Geschäftsbereich. Es gibt eben doch sehr große Unterschiede. Das kann man genauso im Polizeibereich, im Justizvollzugsbereich nicht globalisierend über einen Kamm scheitern. Man muss sehr individuell und genau hinschauen. Frau Kollegin Düker hat das gerade schon zu Recht deutlich gemacht.

Wenn Sie sich – auch hier aus meinem Geschäftsbereich ein Beispiel – die Krankenstände der Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten anschauen, wo die Arbeit für alle Kolleginnen und Kollegen gleichermaßen sehr anspruchsvoll, letztendlich

manchmal auch gefährlich und in vielen Bereichen auch stark belastend ist, erleben Sie auch dort erhebliche Differenzen und Unterschiede.

Aber es ist auch eine Frage der Führungskultur in den jeweiligen Behörden, und zwar nicht nur eine Frage der Führungskultur in der Spitze, sondern gerade im Bereich der mittleren Ebene, wo man gezielt nachsteuern kann. Das machen wir sehr individuell, und die Zahlen belegen uns, dass wir hier auf einem guten Weg sind. Ich weiß, dass alle Kolleginnen und Kollegen im Kabinett mit ihren Geschäftsbereichen in ihren Ministerien ähnlich handeln.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Die Zeit, Herr Minister.

Thomas Kutschaty, Justizminister: Für uns ist ganz wichtig, dass wir die Interessenvertretung und die Beschäftigten dabei auf allen Ebenen aktiv einbinden.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also: Wir sind hier bereits auf einem guten Weg. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/8981** an den **Innenausschuss** – der ist federführend –, an den **Haushalts- und Finanzausschuss**, an den **Unterausschuss Personal** sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen. Herzlichen Dank.

Ich rufe auf:

10 Volksinitiative gemäß Artikel 67a der Landesverfassung:

Kurzbezeichnung „G9-jetzt!“

Unterrichtung
durch die Präsidentin
des Landtags
zur Beschlussfassung
Drucksache 16/8659

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses

für Schule und Weiterbildung
Drucksache 16/9011

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9081

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/9091

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Voigt-Küppers das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Voigt-Küppers (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach viel medialer Aufmerksamkeit und nach der mehrfachen Behandlung im Ausschuss befasst sich das Plenum heute mit der Volksinitiative „G9-jetzt!“ und den 100.000 Unterschriften.

Vorab möchte ich an dieser Stelle im Namen meiner Fraktion noch einmal Danke sagen für die vielen Impulse, die uns sowohl durch die Initiative selbst als auch durch begleitende Briefe, E-Mails und Anrufe erreicht haben.

(Beifall von der SPD)

Die Zahl der Unterschriften zeigt, wie groß das Interesse am Thema ist.

Ich kann Ihnen versichern: In den letzten 15 Monaten ist kaum ein Tag vergangen, an dem ich nicht über G8 diskutiert habe. Deshalb lassen Sie mich festhalten: Wir nehmen die Sorgen und Nöte, die uns geschildert wurden, sehr ernst.

Bevor ich aber auf den Inhalt der Volksinitiative eingehe, muss ich kurz etwas zum vorliegenden Entschließungsantrag der CDU sagen. Herr Kaiser, Ihr Vorstoß heute Morgen hat bei uns großes Befremden ausgelöst. Sie erwecken damit den Anschein, G8 sei unser Kind. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir es hier mit einem Gymnasium zu tun haben, das diese Landesregierung so nie haben wollte.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

CDU und FDP haben G8 damals Hals über Kopf eingeführt. Herr Kaiser, Sie persönlich haben damals an diesem Pult gestanden und das Gesetz in den höchsten Tönen gelobt.

Inhaltlich sehe ich in Ihrem Entschließungsantrag ansonsten keine Unterschiede zu den Positionen, die wir in dieser Sache vertreten. Damit hätten Sie sich ohne Weiteres der Beschlussempfehlung des Ausschusses anschließen können. Dass Sie das nicht tun, ist reines Oppositionsgetöse und ganz schlechter Stil, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Doch zur Sache – denn darum sollte es hier gehen –:

(Lachen von der CDU)

Wir können ganz viel von dem teilen, was uns vorgetragen wurde. Allerdings ist die Art, in der hier argumentiert wurde, in weiten Teilen unseriös. Fast überall sind die Inhalte auf fahrlässige Weise verkürzt und vereinfacht – ganz so, als seien alle Probleme mit einer Rückkehr zu G9 zu beheben. So einfach ist es aber nicht.

Dargestellt wurde zum Beispiel, dass die Zahl der psychischen Erkrankungen bei Schülerinnen und Schülern erheblich zugenommen habe. Daran ist aber nicht G8 alleine schuld; denn dann müssten Erkrankungen bei Schülerinnen und Schülern an Gymnasien signifikant höher sein als an anderen Schulformen. Diese Darstellung ist nicht fair gegenüber den Schülerinnen und Schülern der Gymnasien und auch nicht der anderen Schulformen. Mit einer Rückkehr zu G9 ist uns hier also nicht geholfen. Deshalb ist es wichtig, umfassend zu untersuchen, welche Ursachen dazu führen, dass sich immer mehr Schülerinnen und Schüler gestresst fühlen.

Gleiches gilt für die Nachhilfe. Natürlich haben heute viel mehr Schülerinnen und Schüler Nachhilfe, als uns gefallen könnte. Aber auch hier gilt: Das beschränkt sich nicht auf das Gymnasium.

Gleiches gilt für den Vorwurf, dass immer mehr Jugendliche immer weniger Zeit haben. Das ist kein Problem von G8. Natürlich gestehe ich zu, dass insbesondere Jugendliche Zeit brauchen, die sie autonom gestalten können, auch außerhalb von Familie und institutionellen Räumen. Aber allein den Ganzttag dafür verantwortlich zu machen, ist eindimensional. Es gibt viele Gründe für dieses Problem, zum Beispiel eine immer mehr beschleunigte Arbeitswelt oder eine hohe mediale Präsenz im Leben unserer Kinder – ja, auch schon Kinder – und Jugendlichen. All das zu untersuchen, hat sich übrigens die Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ als Aufgabe gesetzt.

Gleiches gilt für die unterstellte Unreife von Abiturienten und Abiturientinnen – schlechtere Manieren, weniger Wissen. Mit Verlaub: Darüber hat sich Aristoteles schon vor 2.400 Jahren beschwert.

Statt unsere Kinder und Jugendlichen immer schlechztureden, sollten wir Achtung vor dem haben, was sie leisten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zu guter Letzt komme ich zu dem Argument, Hessen und Niedersachsen machten es vor. Diese beiden Länder machen zunächst nur vor, dass der Schritt zu G9 genommen werden kann. Damit ist aber noch keineswegs gesagt, dass G9 erfolgreich

ist. Erste Stimmen aus Niedersachsen lassen das bezweifeln. Und wenn man schon nach Hessen und Niedersachsen guckt, warum dann nicht gleich auch nach Sachsen und Thüringen? Dort gab es an Gymnasien nie etwas anderes als G8. Und wo sind da die Proteste?

Ich darf daran erinnern, dass wir nach der Regierungsübernahme für Gymnasien die Möglichkeit geschaffen haben, im Rahmen eines Modellprojekts zu G9 zurückzukehren. Nur ein Dutzend Schulen haben von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Wir sind deshalb davon überzeugt, dass sich die Probleme nicht mit der Rückkehr zu G9 beheben lassen.

Der Name der Initiative – „G9-jetzt!“ – unterstreicht direkten Handlungsbedarf.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin, bitte kommen Sie zum Schluss.

Eva Voigt-Küppers (SPD): Handlungsbedarf besteht in der Tat, und zwar jetzt.

Meine Damen und Herren, Politik besteht nicht aus Ja- und Nein-Entscheidungen, auch wenn dieses Bild gerne vermittelt wird. Politik besteht auch daraus, zuhören zu können und Entscheidungen zu treffen. Deshalb bitten wir Sie, unseren Weg mitzugehen, dafür zu sorgen, dass G8 endlich funktioniert, und das Versprechen zu geben, dass wir uns, falls alle unsere Bemühungen doch nicht zum gewünschten Ergebnis führen, dann wieder zusammensetzen und weiter beraten.

Natürlich bieten wir den Eltern, die sich Sorgen machen, den Dialog an; denn schon immer haben wir nach der Devise gehandelt, Betroffene zu Beteiligten zu machen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Glück auf!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Kaiser das Wort.

Klaus Kaiser (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über 100.000 Unterschriften zeigen die großen Sorgen der Eltern, die sie mit der Schulform ihrer Wahl und der ihrer Kinder haben, mit dem Gymnasium. Wer politische Verantwortung hat, egal ob in Opposition oder Regierung, kann und darf diese Sorgen nicht auf die leichte Schulter nehmen.

(Beifall von der CDU)

Der deutsch-baltische Chemiker, Nobelpreisträger und Philosoph Wilhelm Ostwald, nach dem auch einige Gymnasien in Deutschland benannt sind, hat einmal gesagt – ich zitiere –:

„Je mehr wir vom Schüler fordern, umso mehr wird er leisten.“

Dabei kommt das zum Ausdruck, was wir als Aushängeschild in der über 200-jährigen Tradition der Gymnasien in Deutschland verstehen: Leistung und die Freude an der Leistung als Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium und einen erfolgreichen Lebensweg.

Die Sorgen der Eltern belegen aber, dass dies heute nicht mehr überall so empfunden wird. Alle von uns haben ja die vielen Mails erreicht, in denen Eltern die Sorge um zu viel Stress und um die Gesundheit ihrer Kinder konkret beschreiben. Es wird von Kindern berichtet, die offensichtlich keine Freude mehr an der Schule haben, weil die Schule bei ihnen als ständige Überforderung und ständiger Stress ankommt. Das muss man politisch akzeptieren, und da muss man den Problemen auf den Grund gehen.

Eines ist sicherlich richtig: Als Ostwald gelernt hat, stand er nicht unter Notendruck, weil es keinen Numerus clausus gab, der erreicht werden musste.

Heute ist das anders. Wir wissen: Wenn die Zahl der Abiturienten wie in den vergangenen Jahren weiter stetig steigt, wird der Druck auf die begehrten Studienplätze noch größer werden, dann wird der NC steigen, weil er einfach ein mathematischer Teiler ist, der die Zahl der Studienplätze zu der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber ins Verhältnis setzt.

Bei allen Eltern, die ihr Kind mit dem Ziel „Abitur und Studium“ auf ein Gymnasium schicken, herrscht heute ein entsprechender Erwartungsdruck, der sich vielfach in den Mails äußert. Genau diese Sorgen der Eltern kann man nur zu gut verstehen und nachvollziehen.

(Beifall von Hendrik Schmitz [CDU] – Zuruf: Ihr habt doch den Druck gemacht!)

Die CDU-Fraktion antwortet heute mit einem eigenen Entschließungsantrag, in dem wir deutlich machen: Es geht uns darum, dass wir das, was an Sorgen geäußert wird – die ja auch substantiell berechtigt sind –, aufgreifen.

Was uns aber auch wichtig ist: Die Rückkehr zu G9 ist nicht die Patentlösung. Deshalb sind die Vorschläge der Initiative Diskussionsanregungen für uns im parlamentarischen Verfahren. Wir sagen, wir müssen mit diesen Vorschlägen ernsthaft umgehen. Aber sie sind nicht die Patentlösung, weil sie in vielen Punkten eben nicht weit genug greifen und die Ursachen als solche auch nicht bekämpfen.

Die offenen Fragen betreffen nämlich häufig die Details und müssen, wenn man politisch verantwortlich handelt, genau in den Blick genommen werden.

Nehmen wir das Thema „Ganztag“. Viele Eltern äußern ihre Sorge, es könnte zu viel Ganztag sein. Sie

wollen, dass am Nachmittag kein verbindlicher Unterricht mehr stattfindet. Wir haben aber andererseits die gesellschaftliche Tendenz, dass eine stetig steigende Zahl von Eltern mehr Ganztage fordert, um Familie und Beruf gut in Einklang zu bringen.

Aber für die CDU steht Wahlfreiheit im Vordergrund. Es sollte auch die Wahlfreiheit für ein Nichtganztagsangebot geben, wenn Eltern dies wünschen.

(Beifall von der CDU)

Noch mehr Mails als von den jetzt betroffenen Eltern der Kinder im G8-Gymnasium erhalten wir als Bildungspolitiker – gerade auch die Politiker von der Opposition – von Eltern, die den hohen Unterrichtsausfall beklagen. Da wird ebenfalls deutlich: Hier gibt es Eltern, die massiv mehr Unterricht fordern, und hier gibt es auch Eltern, die massiv weniger Unterricht fordern. Auch das ist etwas, was man politisch im Diskurs angehen muss. Da gibt es kein Patentrezept.

Die Rückkehr zu G9 als bildungspolitische Allzweckwaffe beantwortet eben leider nicht alle Fragen. Deshalb müssen wir sie entsprechend ernst nehmen und das umsetzen.

Denn wir als CDU stehen dafür, dass das Gymnasium die beliebteste Schulform in Nordrhein-Westfalen ist. Wir als CDU in Nordrhein-Westfalen stehen dafür, dass das Gymnasium auch die beliebteste Schulform in Nordrhein-Westfalen bleibt. Das ist uns ganz wichtig.

(Beifall von der CDU)

Deshalb ist auf Dauer ein Gymnasium nur so zu organisieren, wenn es bei der großen Mehrheit aller Betroffenen die nötige Akzeptanz findet. Deshalb müssen wir daran arbeiten, deshalb dürfen wir es uns nicht leicht machen, und deshalb darf man diese Überlegungen der Initiative nicht kalt vom Tisch wischen.

(Beifall von Hendrik Schmitz [CDU] und Dr. Marcus Optendrenk [CDU])

Die Lösung kann nur sein, sich mit den Fragestellungen ernsthaft auseinanderzusetzen und ernsthaft auch über neue Lösungen nachzudenken. Das sichern wir den Eltern zu. Wir verschließen uns auch vor neuen Erkenntnissen nicht.

Als Politiker sind wir eher fakten- und evidenzorientiert, wissen aber, dass gerade das Herz und die Emotionen bei der Meinungsbildung wesentlich stärker mitwirken. Denn bei allen Mails, die wir erhalten haben, wird deutlich, dass sie mit sehr viel Herzblut und großer Liebe für die eigenen Kinder geschrieben wurden.

Deshalb haben wir ein offenes Ohr. Jedoch sind wir bei allen Forderungen nicht unkritisch.

Abschließend sei mir die Bemerkung erlaubt: Ich war am Sonntag auf einer Abifete von G8lern. Ich

habe da natürlich gefragt. Keiner von denen wollte zurück zu G9. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kaiser. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nein, niemand geht kalt mit der Volksinitiative um, niemand geht kalt mit den Eltern um, die ihre Sorgen zum Ausdruck bringen. Das ist bisher an keiner Stelle der Fall gewesen; da bin ich auch mit dem Kollegen Kaiser sehr einig. Das tut auch Rot-Grün nicht, das tun auch diejenigen nicht, die sich heute nicht positiv zu dem Anliegen der Volksinitiative verhalten. Denn wir haben in der Tat über viele Monate miteinander einen schwierigen Abwägungsprozess bewegt.

Die große Mehrheit des Hauses hat hier gemeinsam vor kurzer Zeit die Umsetzung der Empfehlung des runden Tisches auf den Weg gebracht, damit Schulen weiter an der Unterrichtsentwicklung arbeiten, damit Eltern, Schülerinnen verlässliche Parameter vorfinden, die zum Beispiel deutlich machen, dass in den Jahrgangsstufen 5, 6 und 7 – wenn es keine gebundenen Ganztagschulen sind – maximal ein langer Tag stattfinden, in den Jahrgangsstufen 8 und 9 maximal zwei lange Tage stattfinden werden. Das ist wichtig.

Mein Appell an den Kollegen Kaiser ist – denn ich empfind es heute Morgen schon als etwas erstaunlich –, dass die Schulen den Rückhalt, die Sicherheit und das Vertrauen haben müssen bei dem Weg, den sie jetzt einschlagen und den wir ihnen auch gemeinsam zumuten und abverlangen.

Viele Schulen in Nordrhein-Westfalen haben schon sehr positive Ergebnisse, haben gute Beispiele. Wir wollen, dass das flächendeckend für alle Eltern auch verlässlich ist und dass es verbindlich ist. Wir dürfen keine Rückwärtsrolle machen, sondern müssen alle Lehrerenergien auf diesen gelingenden Prozess konzentrieren. Es ist wichtig, dass dieses Signal hier auch heute von denen ausgeht, die das unterstützen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wer sich die Argumente der Volksinitiative genau anhört – sie haben auch vorgetragen: „Schaut doch mal auf die anderen Länder, wie es dort geht“ –, der muss doch jetzt zur Kenntnis nehmen – ich habe das heute Morgen im Schulausschuss auch gesagt –:

Das ist eben nicht „Friede, Freude, Eierkuchen“. Die Rückkehr zu G9 – ich schaue nach Niedersachsen – hat nicht dazu geführt, dass jetzt Ruhe in die

Schulen einkehrt – ganz und gar nicht –, sondern da werden jetzt gute Unterrichtskonzepte rückabgewickelt. Da werden in kürzester Zeit 15.000 Unterrichtskonzepte gesammelt – gerade aus dem Bereich der Theaterpädagogen, der Kunstpädagogen –, weil es jetzt nicht nach vorne geht, weil dort das gute Unterrichtskonzept wieder rückabgewickelt wird und weil gute Schule nach hinten geworfen wird.

Und: Welche Stimmen schallen uns aus Niedersachsen entgegen? „Das, was ihr in Nordrhein-Westfalen habt, den Schulkonsens, die Ruhe für Unterrichtsentwicklung, das wünschen wir uns.“ Deswegen, liebe CDU, habe ich eigentlich gedacht, dieses Signal geht heute von der CDU aus, nämlich das Signal, für diese Ruhe für Schulentwicklung zu sorgen – und nicht Verwirrung zu stiften.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben einen eigenen Entschließungsantrag eingebracht. Wenn man genau hinschaut, liegen wir in unserem Anliegen nicht auseinander. Das sagen wir sehr deutlich. Natürlich nehmen wir die Eltern ernst. Wir haben miteinander beschlossen, auch auf die Umsetzung der Empfehlungen zu schauen, den Prozess zu begleiten und zu evaluieren. Das machen wir natürlich genauso. Deswegen wird es einen Entschließungsantrag von Rot-Grün geben. Die Beschimpfungen gegen die rot-grüne Landesregierung sind herausgenommen, aber ansonsten ist das im Prinzip der gleiche Wortlaut, den die CDU vorgelegt hat. Wir demonstrieren dadurch noch einmal, dass wir uns im Prinzip einig sind. Mit einem solchen kleinen politischen Manöver lassen wir Sie einfach nicht ausbüxen, liebe CDU.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Eines ist mir noch einmal sehr wichtig. Wenn wir diesen Prozess miteinander begleiten, sollten wir dafür sorgen, dass wir gesamtgesellschaftlich die Diskussion über die Frage führen müssen, wie sich Druck und Leistungserwartung in Bezug auf Kinder und Jugendliche entwickeln. Darüber sind wir uns sicherlich einig.

Wir müssen uns alle selbstkritisch etwas fragen. Es kann doch nicht sein, dass „befriedigend“ nicht mehr als akzeptable Schulnote behandelt wird.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Man muss Kindern Entwicklungsmöglichkeiten lassen. Es fängt in der Tat nicht erst in der weiterführenden Schule an. Schauen wir uns doch an, mit welchen Erwartungen Kinder schon in Kita und Grundschule konfrontiert werden. Wir sind doch alle gemeinsam mit im Boot. Darüber möchte ich einen offensiven gesellschaftlichen Diskurs. Er gehört auch in dieses Haus: Wie gestalten wir die Lebensbedingungen? Wie gestalten wir gute Schule für Kinder und Jugendliche?

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist die Aufgabe, die uns beschäftigen muss. Wir sind gerne dabei. Wir schauen auf die Umsetzung. Wir sind im Gespräch mit den Eltern. Hier wird nichts beiseitegeschoben. Aber wir schaffen auch Klarheit und Ruhe für die Schulentwicklung in den Schulen. Wir gehen den gelingenden Weg nach vorne. Wir tragen für die Schulen die Verantwortung, sie jetzt nicht in neues Chaos zu stürzen. Das nehmen wir in dieser Abwägung wahr.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich während der Anhörung von Vertretern der Volksinitiative im Schulausschuss bewusst mit Statements zurückgehalten. Ich fand, es gebietet der Respekt, an dieser Stelle intensiv zuzuhören, wenn mit einem derart großen Engagement unter anderem 100.000 Unterschriften gesammelt worden sind.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Als FDP haben wir uns nach der Anhörung und der Darlegung der Argumente noch einmal inhaltlich damit auseinandergesetzt. Wir sind aber wiederum zu der Meinung gekommen, dass wir eine Rückkehr zu G9 für falsch halten.

Es wäre in unseren Augen ein Fehler, die Gymnasien erneut in jahrelange Umstellungsprozesse zu stürzen. Im Gegenteil. Wir möchten die Gymnasien in Nordrhein-Westfalen stärken. Eine Stärkung findet aber nicht statt, wenn man diese Schulform mit riesigen neuen Umwälzungen belastet.

Die Initiative hat viele Probleme angesprochen. Die nehmen wir ernst. Sie werden nicht negiert. Sie sind vorhanden. Aber wir können nicht jedes Problem an der Schulform Gymnasium dem Problem G8 zuordnen. Auch das haben letztendlich alle Fraktionen so dargelegt.

Die Initiative äußert immer wieder, es wäre ganz einfach, zu G9 zurückzukehren. Das ist unserer Auffassung nach nicht der Fall. Es gibt massive Herausforderungen, die mit einer Rückabwicklung zu G9 verbunden wären. Das ist kein Spaziergang. Wir haben viele Gespräche auch am Rande des runden Tisches geführt. In diesen Gesprächen kam überwiegend zum Ausdruck, dass keine Rückkehr zu G9 gewünscht wird. Auch diesen Beteiligten muss man letztendlich ihre Meinung zugestehen.

Ein paar kritische Anmerkungen gegenüber den Befürwortern von G9. Es hat mich schon herausgefor-

dert, auf die unzähligen Briefe, die ich erhalten habe, gelassen zu reagieren. Es wurde gesagt, Abgeordnete hätten es gewagt, Argumente nachzufragen und infrage zu stellen. Ich muss sagen, ich verstehe meine Arbeit als Abgeordnete so, dass mir Dinge nicht nur vorgetragen werden. Wenn ich dazu Nachfragen habe, nehme ich mir in der Anhörung die Freiheit heraus, entsprechende Nachfragen zu stellen. Dafür muss ich mich nicht rechtfertigen.

(Beifall von der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind auch der Meinung, G8 kann funktionieren. Jetzt schaue ich nicht nur auf die ostdeutschen Länder. Wir haben auch hier in Nordrhein-Westfalen Beispiele, anhand derer wir klar belegen können, wie gut G8 funktionieren kann. Das haben wir heute Morgen noch einmal gehört. Es funktioniert nicht an allen Schulen. Das ist richtig. Aber es funktioniert an vielen Schulen. Diese vielen Schulen sollten wir nehmen, um das in die Fläche zu bringen.

Meine Damen und Herren, an der Stelle muss ich doch jetzt einiges in Richtung CDU loswerden. Ich bin schon darüber erstaunt, was Sie uns heute als Entschließungsantrag vorlegen. Herr Kaiser, Sie saßen heute Morgen im Schulausschuss und kündigten an, es käme noch ein Entschließungsantrag seitens der CDU. Das nähmen Sie zum Anlass, um sich heute im Schulausschuss zu enthalten. – Was Sie auch getan haben.

Dann erwarten wir einen Entschließungsantrag. Ich war wirklich sehr gespannt darauf, was darin stehen würde. Darin steht:

„Der Landtag nimmt das Anliegen der Volksinitiative „G9-jetzt!“ zur Kenntnis und sichert den Eltern zu, die Fragen und Probleme mit dem achtjährigen gymnasialen Bildungsgang im Weiteren intensiv zu beraten.

Der Landtag hat das Anliegen der Volksinitiative damit behandelt.“

Meine Herren, das ist aber ein Entschließungsantrag! Das hätte ich heute Morgen kaum erwartet!

(Beifall von der FDP, der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Mein lieber Scholli!

Aber, damit nicht genug. Jetzt gibt es noch einen Entschließungsantrag von SPD und Grünen. Der wiederum ist auch beachtlich. Dieser lautet nämlich:

„Der Landtag nimmt das Anliegen der Eltern zur Kenntnis und sichert den Eltern zu, die Weiterentwicklung des achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs im Sinne der Empfehlungen des Runden Tisches im Weiteren zu begleiten und zu evaluieren.

Der Landtag hat das Anliegen der Volksinitiative damit behandelt.“

Den Kommentar verkneife ich mir, wenn man da von einem eigenen Entschließungsantrag spricht. Meine Damen und Herren, die Inhalte beider Anträge sind für die FDP Selbstverständlichkeiten. Wir haben das heute Morgen im Schulausschuss tatsächlich alle fraktionsübergreifend dargelegt und beschlossen. Ich kann diesen beiden Entschließungsanträgen, so wie sie uns vorliegen, inhaltlich zwar folgen, aber ich muss sagen: Den Namen „Entschließungsantrag“ haben die weiß Gott nicht verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die Piratenfraktion spricht Frau Kollegin Pieper.

Monika Pieper (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Es geht hier um zwei Dinge: Es geht zum einen darum, dass es nicht selbstverständlich ist und nicht häufig vorkommt, dass eine Volksinitiative 100.000 Stimmen sammelt, um ein Anliegen aus der Bevölkerung in den Landtag zu tragen. Das finde ich toll, das finde ich richtig. Dafür schon mal ein herzliches Dankeschön.

(Beifall von den PIRATEN)

Durch die Volksinitiative ist es gelungen, dass wir uns heute im Landtag wieder mit dem Thema G8/G9 beschäftigen müssen. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Menschen in NRW alles andere als politikverdrossen sind. Sie möchten sich einbringen, sie möchten ernst genommen werden und ihre Themen hier auch vertreten wissen.

Es führt nicht zur Politik-, sondern zu Politikerverdrossenheit und entsprechender Wahlmüdigkeit, wenn durch die Ablehnung einer solchen Initiative die Ohnmacht der Menschen bei politischer Mitwirkung wieder einmal aufgezeigt wird.

Handeln Sie! Lassen Sie zumindest das Thema nicht einschlafen! Beenden Sie die Initiative nicht jetzt und hier! Lassen Sie uns weiter darüber sprechen! Dann zeigen Sie: Wir nehmen die Menschen ernst.

Dann, meine Damen und Herren, braucht es auch keine Wahlurnen im Hauptbahnhof oder irgendwo im Supermarkt, wie das jetzt verhandelt wurde, um eine höhere Wahlbeteiligung zu erhalten.

Inhaltlich wissen wir, dass die überhastete und unvorbereitete Einführung zum Schuljahr 2005/2006 ein Fehler war. Wir wissen auch alle von den Problemen, die mit der Verkürzung einhergehen. Die Fehler sind die Verdichtung der Inhalte in der Sekundarstufe I, die Entkopplung des Gymnasiums von den Bildungsgängen anderer Schulformen und die Tatsache, dass am Gymnasium zum Abschluss

der Sekundarstufe I kein mittlerer Schulabschluss mehr verliehen werden kann.

Frau Beer, Sie sprachen gerade von verlässlichen Parametern, die jetzt hergestellt werden. Mich stört in der Diskussion, dass es im Moment tatsächlich nur noch darum geht: Wie ist das zu organisieren? Wie schaffe ich eine Erleichterung? Die grundsätzliche Kritik am G9 geht hier ein bisschen unter. Ich zitiere einmal mit Verlaub, Herr Präsident:

„Das Alter von 10 bis 15 Jahren ist eine der größten physischen und psychischen Umbruchphasen im Leben mit Wachstumsschüben, die zu Ermüdung und Erschöpfung führen können, neuronalen Veränderungen, Hormonschüben, die Stimmungsschwankungen auslösen, neuartigen sexuellen Empfindungen, sozialen Prozesse ... Genau in dieser Lebensphase schlägt das ... G8 ohne Rücksicht durch.“

Das kam nicht von mir, das ist nämlich von der Kollegin Beer. 2008 hat sie das hier gesagt. Ich frage mich tatsächlich, ob die Vereinfachung des G8 diese ganzen Sachen ausräumen kann. Das wage ich ernsthaft zu bezweifeln.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage der von Ihnen soeben angesprochenen Frau Kollegin Beer zulassen?

Monika Pieper (PIRATEN): Selbstverständlich.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte.

Sigrid Beer (GRÜNE): Das ist sehr nett, Frau Kollegin. – Ich möchte Sie fragen, ob Sie zur Kenntnis nehmen, dass seit 2008 in der Tat einiges passiert ist und wir auf die Schulen gucken können, bei denen es einen gelingenden Prozess gibt. Ich möchte noch einmal das Gymnasium Alsdorf mit der Dalton-Pädagogik nennen, die durch ihre Rhythmisierung genau diesen Fragen entgegenkommt.

Diese Schulen nicht wieder in eine Rückabwicklung zu stürzen, das ist die Abwägung. Es geht darum, alle nach vorne zu bringen, um solche Konzepte zu verfolgen. Können Sie dem zustimmen?

Monika Pieper (PIRATEN): Ich stimme Ihnen erst einmal zu, dass es durchaus Schulen gibt, die es schaffen, die eine große Anstrengungsbereitschaft zeigen. Wir wissen aber auch, dass das nicht alle Schulen schaffen und dass in der Schülerschaft, in der Lehrerschaft, in der Elternschaft bei vielen einfach der Wunsch da ist, zum G9 zurückzukehren.

Wir sagen auch ganz ehrlich: Wir teilen nicht jedes Anliegen der Volksinitiative. Während die Volksinitiative den Ganztagsunterricht ablehnt, sind wir für den Ausbau von Ganztag. Das haben wir auch nie abgestritten.

Gerade ist gesagt worden, die Volksinitiative löse nicht alle Fragen. – Das will sie auch gar nicht. Das kann sie auch gar nicht. Sie löst nicht die ganzen Schulprobleme. Aber ich glaube, das muss sie auch gar nicht. Wir müssen aber doch zur Kenntnis nehmen, dass die Menschen in NRW das G8 nicht wollen. Verlässliche Untersuchungen sagen: 75 % der Menschen in NRW wollen es nicht. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Da müssen wir handeln.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Schüler wollen es nicht, die Jugendverbände wollen es nicht. Das wurde gestern noch im Landtag gesagt. Einfach zu sagen, weiter so, reicht nicht.

Zum einen ist die Durchsetzung des Willens der Menschen in NRW für uns ein sehr wichtiges Kriterium. Außerdem ist die eingebrachte Volksinitiative für uns eine gute Basis für die Weiterentwicklung der Schule. Es geht nicht um ein Zurück; es geht darum – das habe ich auch immer wieder betont –, zu gucken: Wie können wir eine Oberstufe strukturieren? Wie können wir da flexibel arbeiten?

Dann komme ich noch zu den Entschließungsanträgen. Ich schließe mich Frau Gebauer voll umfänglich an. Ich finde es schon witzig.

Zwei Sachen möchte ich noch erwähnen. Zum einen: In beiden Entschließungsanträgen steht – ich zitiere sinngemäß –: Die geforderte Rückkehr zum neunjährigen Bildungsgang und die verbindliche Reduzierung löst nicht alle Probleme. – Das ist wahr.

Und weiter heißt es: Der Landtag ist sich zudem bewusst, dass es neben dem Wunsch derjenigen Eltern, die sich an der Volksinitiative beteiligt haben, auch Gymnasien gibt, die im Konsens aller Beteiligten am achtjährigen Gymnasium festhalten wollen.

Ja, meine Damen und Herren, dann geben Sie es doch einfach frei! Lassen Sie doch die Schulen entscheiden. Dann kann doch die Schulkonferenz gucken.

(Zuruf)

– Ja. Dann kann doch jede Schule das erst einmal so machen, wie sie will. – Das ist nicht nachzuvollziehen.

Zum anderen noch einen letzten Satz. Ich habe es beim letzten Mal schon gesagt: Ich finde die FDP da ehrlich. Das finde ich großartig, auch wenn wir die Meinung nicht teilen. Aber dieses Geschwurbel von der CDU, die heute auch noch twittern: „SPD und Grüne machten es sich einfach!“ – Sehr viel schwerer machen Sie sich das hier auch nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den Entschließungsanträgen, Frau Gebauer: Vielleicht kann ich Erläuterungshilfe geben.

(Yvonne Gebauer [FDP]: Der CDU! Nicht mir!)

Die CDU-Fraktion versucht, sich mit diesem Entschließungsantrag aus der Verantwortung zu stellen, und will sich mit Blick auf den Wahlkampf Hintertürchen offenlassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist die einzige Begründung. So! Das Schöne ist: SPD und Grüne und andere haben es offenbar gemerkt, und deswegen haben sie diesen Entschließungsantrag dagegengesetzt, um die CDU mit dieser billigen Masche nicht durchkommen zu lassen. Das ist doch relativ einfach zu verstehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass sich der Landtag heute erneut mit der Volksinitiative beschäftigt und die Initiatorinnen und Initiatoren zuvor Gelegenheit hatten, im Schulausschuss ihre Sichtweise vorzutragen und ihr Anliegen zu begründen.

Die Volksinitiative hat ein Thema aufgegriffen, das viele Menschen beschäftigt. Die Regierungskoalition – die Landesregierung – hat es im Übrigen schon seit 2010 beschäftigt, weil wir seitdem mit dieser Fragestellung befasst sind und systematisch daran arbeiten, ein Gymnasium zu gestalten, das für die Kinder und Jugendlichen – um die geht es – erträglich ist, leistbar ist und schaffbar ist, und zwar ohne Qualitätsverlust. Das ist unser Ansatz. Dafür hat es diesen Arbeitsprozess gegeben.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Durch die Diskussionen und Entscheidungen in einigen Bundesländern ist die Debatte neu auf die Tagesordnung gekommen. Deswegen hat es im vergangenen Jahr den runden Tisch gegeben, inklusive Unterarbeitsgruppen, an dem es eine breite Beteiligung der Fraktionen, der Gewerkschaften und Verbände, der Eltern- und Schülervertretungen und der Bürgerinitiativen gab.

In insgesamt sieben mehrstündigen Sitzungen mit Unterarbeitsgruppen des runden Tisches konnte die Initiative ihr Anliegen und ihre Argumente vortragen und diskutieren. Am Ende des langen und intensiven Arbeitsprozesses fand das Anliegen jedoch keine Mehrheit. Stattdessen hat sich die breite

Mehrheit der Beteiligten dafür ausgesprochen, den achtjährigen Bildungsgang am Gymnasium so weiter zu entwickeln, dass Belastungen für Schülerinnen und Schüler ohne Niveauverlust reduziert werden.

Strukturelle Änderungen zum jetzigen Zeitpunkt wurden abgelehnt und stattdessen zehn Empfehlungen formuliert, die von der Landesregierung bereits in rechtliche Vorgaben umgesetzt wurden. Ich habe den Landtag darüber unterrichtet. Grundsatzbeschlüsse dazu sind im Dezember letzten Jahres gefasst worden.

In allen fünf Regierungsbezirken haben wir bereits im März gemeinsam mit der jeweiligen Schulaufsicht in Schulleiterdienstbesprechungen die geplanten Änderungen vorgestellt und mit den Schulleitungen erörtert.

Dabei hat es weitere sinnvolle, der Schulpraxis angemessene Anregungen gegeben, die noch einmal zu Veränderungen geführt haben und mit den beteiligten Verbänden rückgekoppelt worden sind.

Damit will ich sagen, dass unsere Gymnasien hier auf dem Weg sind, den Bildungsgang weiterzuentwickeln. Ich möchte noch einmal betonen, was ich heute Morgen auch im Schulausschuss gesagt habe: Unsere Gymnasien sind dabei unterschiedlich weit. Manche sagen jetzt schon: Das ist für uns nichts Neues. Das machen wir. Die Eltern sind zufrieden. Die Schülerinnen und Schüler sind zufrieden. Andere sagen: Das schaffen wir ja alles gar nicht so schnell. Also müssen wir auch differenziert bei der Schulentwicklung und Begleitung der Gymnasien vorgehen.

Von wegen: wir machten es uns einfach. Die Sache ist nicht einfach. Aber wie Sie es machen würden, lieber Herr Kaiser, die Antwort sind Sie hier schuldig geblieben. Wollen Sie in jedes Gymnasium jemanden hineinsetzen, der das beobachtet?

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie versuchen, sich hier einen schlanken Fuß zu machen.

Die Schulkonferenzen prüfen, ob und wo sie ihren vorrangigen Entwicklungsbedarf sehen. Den werden sie im nächsten Schuljahr dann auch pädagogisch vernünftig umsetzen, und wir begleiten diesen Prozess.

Der Wunsch nach einer einfachen Lösung greift zu kurz – „Zurück zu G9 und alles wird wieder gut!“ –: Schauen Sie nach Niedersachsen! Es ist schon genannt worden. In kürzester Zeit hat sich dort große Ernüchterung breitgemacht. 15.000 Unterschriften sind dem Landtag oder dem Ministerpräsidenten übergeben worden, innerhalb von wenigen Wochen gesammelt, weil etwa Musikunterricht gekürzt wird und jetzt nicht mehr in Doppelstunden stattfinden

kann. Da wächst jetzt die Unzufriedenheit mit einer vermeintlich einfachen Rolle rückwärts.

Insofern bin auch ich der Auffassung, dass es jetzt falsch wäre, hier einmal eben den Schalter wieder zurückzulegen und einen innovativen intensiven Arbeitsprozess in unseren Gymnasien zu unterbrechen. Dabei sehe auch ich mich bestätigt durch Schulen, die erfolgreich arbeiten. Im Ratsgymnasium waren wir letzte Woche, Frau Korte, Frau Howe. Der Schulleiter hat inständig an uns appelliert, bitte jetzt bei dem Weg der Optimierung zu bleiben und nicht zurückzukehren, weil es schlecht für die Schulleitung und die Schülerinnen und Schüler wäre. Und um die geht es, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt in Drucksache 16/9011: „1. Dem Anliegen der Volksinitiative mit der Kurzbezeichnung ‚G9 – jetzt!‘ wird nicht gefolgt. 2. Der Landtag hat das Anliegen der Volksinitiative damit abschließend behandelt.“

Meine Kolleginnen und Kollegen, die Fraktion der Piraten hat gemäß § 44 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung** zu der von mir soeben vorgetragenen **Beschlussempfehlung Drucksache 16/9011** beantragt. Nach Abs. 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben, wie Sie wissen, bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten. Ich darf die Schriftführer bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt. [Abstimmungsliste siehe Anlage 1])

Vizepräsident Oliver Keymis: Wer möchte bei der namentlichen Abstimmung noch seine Stimme abgeben? – Ich sehe niemanden mehr.

Dann schließe ich die Abstimmung, und wir kommen zur Auszählung.

(Die Auszählung erfolgt.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem die 360-Grad-Kamera nun einen der vermutlich entspanntesten Momente im Parlament zehn Minuten lang hat aufnehmen können, haben wir jetzt ein Ergebnis: Ihre Stimme haben abgegeben 214 Abgeordnete. Mit Ja haben gestimmt 141 Abgeordnete. Mit Nein stimmten 15 Abgeordnete. 58 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/9011** ange-

nommen. Ich stelle weiterhin fest, dass der Landtag die **Volksinitiative Drucksache 16/8659 abschließend behandelt** hat.

Nun kommen wir zur Abstimmung erstens über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU in **Drucksache 16/9081**. Wer stimmt dem Entschließungsantrag der CDU zu? – Die CDU. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne sowie die Fraktion der Piraten. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der FDP ist dieser Entschließungsantrag mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/9091**. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Die Piratenfraktion. Wer enthält sich? – Dieser Antrag ist bei Enthaltung von CDU und FDP gegen die Stimmen der Piraten mit großer Mehrheit **angenommen**. Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Ich rufe auf:

11 Fragestunde

Drucksache 16/9015

Mit der Drucksache 16/9015 liegen Ihnen die Mündlichen Anfragen 65 und 66 vor.

Ich rufe nun die

Mündliche Anfrage 65

der Frau Abgeordneten Ingola Schmitz von der FDP-Fraktion auf:

„Orchesterförderung in Nordrhein-Westfalen – Weshalb wird der Kammerphilharmonie Amadé eine ihrem Rang angemessene institutionelle sowie projektbezogene Förderung verweigert und der mögliche Konkurs eines Spitzenorchesters damit billigend in Kauf genommen?“

Laut dem jüngsten Kulturförderbericht gehört die Förderung von Musikerinnen und Musikern, Musikensembles und Institutionen zu den wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben des Landes. Von dieser Förderung sollen demnach neben den Landesorchestern auch kommunale, freie, Nachwuchs- und Spitzenorchester profitieren, um die reichhaltige und vielfältige Orchesterlandschaft Nordrhein-Westfalens zu erhalten und zu stärken.

Vor diesem Hintergrund wirft die Förderpraxis bezüglich der Kammerphilharmonie (KP) Amadé Fragen auf. Die KP Amadé ist ein Orchester in Trägerschaft eines Vereins mit dem Status der Gemeinnützigkeit. Wesentlicher Satzungszweck